

Angola-Runde deutscher Nichtregierungsorganisationen

c/o informationsstelle südliches afrika e.V., Königswinterer Str. 116, D-52337 Bonn, Germany, +49-228-464369, Fax: +49-228-468177
info@issa-bonn.org, www.afrika-sued.org



**Brot
für die Welt**

MISEREOR
IHR HILFSWERK

OIKOS
EINE WELT

Bonn, 31. Januar 2020

Pressemitteilung anlässlich des Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Angola

Vom 5. bis 8. Februar 2020 wird Bundeskanzlerin Angela Merkel Angola und Südafrika besuchen. Begleitet wird sie von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation.

Als Netzwerk von deutschen Nichtregierungsorganisationen begrüßen wir, dass sich die Bundesregierung für Angola und die Entwicklungen im Land interessiert. Verantwortungsvolle Investitionen können einen wichtigen Beitrag zur notwendigen wirtschaftlichen Diversifizierung des Landes leisten.


Vor dem Hintergrund der jüngsten Enthüllungen zu groß angelegter Korruption seitens Isabel dos Santos, der Tochter des ehemaligen Präsidenten, und anderer einflussreicher Personen, stellt sich die Frage, wie sichergestellt werden soll, dass zukünftige deutsche Investitionen der Entwicklung des Landes und nicht der Bereicherung der herrschenden Eliten dienen werden. Jüngstes Beispiel deutscher Beteiligung an Korruption und Vetternwirtschaft ist der Kredit in Höhe von 50 Millionen der KFW-IPEX, der für ein Unternehmen von Isabel dos Santos verwendet wurde. Hier hat sich gezeigt, dass die KFW-IPEX ihrer Prüfpflicht nicht in der notwendigen Umfänglichkeit nachgekommen ist. Hier und bei anderen Investitionen deutscher Unternehmen wurde die Lieferkettenverantwortung nicht ausreichend wahrgenommen, mit der Folge, dass ein Unternehmen der reichsten Frau Afrikas mit deutschen Steuergeldern aufgebaut wurde.

Die im Oktober 2019 von der angolanischen Zivilgesellschaft bei der UN in Genf vorgestellten Berichte zur Menschenrechtslage in Angola weisen insbesondere Verstöße gegen das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser auf. Landvertreibungen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fanden oft im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen statt – ohne gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der betroffenen Gemeinden und ohne Entschädigung. Tausenden Viehhirten wurde der Zugang zu Weidegründen und Wasserquellen durch die Einzäunung von Großfarmen abgeschnitten. Dadurch wurden die Folgen der anhaltenden Dürre im Süden Angolas – nicht zuletzt bedingt durch Klimaveränderungen – noch verschärft.

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Rechte ländlicher Gemeinden und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bei zukünftigen Investitionen aus Deutschland berücksichtigt werden?

Falls noch nicht geplant, würden wir es sehr begrüßen, wenn die Bundeskanzlerin in Angola zivilgesellschaftlichen Organisationen, Menschenrechtsaktivist/innen und unabhängigen Journalist/innen die Möglichkeit gibt, ihre Bedenken und Vorschläge zu Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten vor Ort vorzustellen. Für die Vermittlung von Kontakten steht die Angola-Runde gerne zur Verfügung.


Anna Balkenhol
Geschäftsführerin issa e.V.


Rainer Tump
Koordinator der Angola-Runde